



Begründung:

In der Presseerklärung 0436/2009 vom 15. Juni 2009 führte die Verwaltungsspitze aus, dass „Gespräche über die Zukunft“ der KFG mit dem Land bereits liefen und dass „in diesem Jahr eine klare Perspektive aufgezeigt“ werde.

Die FDP-Ratsfraktion fordert vor diesem Hintergrund die Verwaltungsspitze auf, die Selbstverwaltung über die Gespräche, die sie mit dem Land über die Zukunft der KFG führt, explizit und regelmäßig zu unterrichten.

Da sich, wie die Verwaltung in Beantwortung einer Kleinen Anfrage der FDP-Ratsfraktion (Drs. 0283/2009) ausführt, die Eigentumsverhältnisse beim Flughafengelände - insbesondere die Pachtverhältnisse - für Ansiedlungen als hemmend herausstellten, ist auch hier eine Lösung zu finden.

In diesem Zusammenhang ist auf Folgendes hinzuweisen:

Wie auch schon die SPD-Ratsfraktion in Drs. 1006/2000 („Privatisierung der Kieler Flughafengesellschaft“) ausführte, ist es keine originäre Aufgabe der Stadt, „einen Flugplatz zu betreiben“.

Ebenso ist es grundsätzlich keine originäre Aufgabe einer Kommune, einen - wie auch der Landesrechnungshof feststellt - regionalwirtschaftlich nahezu bedeutungslosen Flughafen zu subventionieren, zumal die knappen Gelder in weitaus sinnvollere und effizientere Verwendungen gelenkt werden könnten.

Daher wird die Subventionierung von Regionalflughäfen durch Steuergelder von Wirtschaftsexperten grundsätzlich kritisch betrachtet. So spricht beispielsweise die Deutsche Bank in einer Studie („*Ausbau von Regionalflughäfen: Fehlallokation von Ressourcen*“) von der Verschwendung knapper öffentlicher Mittel bei der finanziellen Förderung von Regionalflughäfen.

Der Landesrechnungshof empfiehlt auch aus diesen Gründen dem Land, seine Beteiligung an der Kieler Flughafengesellschaft mbH (KFG) baldmöglichst aufzugeben (*Ergebnisbericht 2008, S. 51f.*), weil der hohe Mitteleinsatz für einen Regionalflugplatz nicht zu vertreten sei. In seinem Bericht für 2009 erneuert der LRH diese Forderung.

Im Gegenzug wird ein Ankauf des 55%-igen Anteils des Landes an der KFG im Bericht über die Prüfung der Jahresrechnung 2007 vom Rechnungsprüfungsamt der Landeshauptstadt Kiel uneingeschränkt abgelehnt (S. 76).

Es ist zudem anzuzweifeln, ob dieses finanzielle städtische Engagement im Einklang mit dem § 8 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein steht, der die Gemeinden verpflichtet, ihre Mittel nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu verwalten und eine wirksame und kostengünstige Aufgabenerfüllung sicherzustellen.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

gez. Helmut Landsiedel  
Fraktionsvorsitzender

f. d. R. Peter Helm  
Fraktionsgeschäftsführer